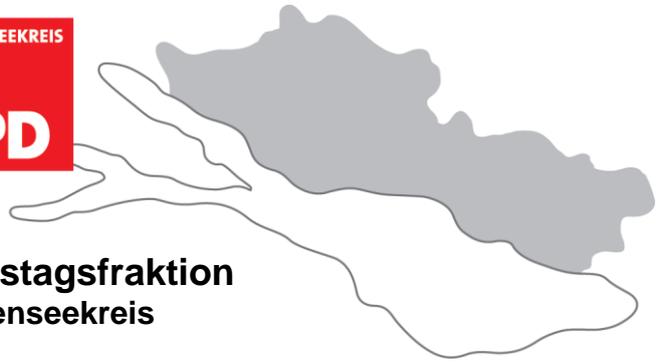


BODENSEEKREIS

SPD

**Kreistagsfraktion
Bodenseekreis**



Antrag der SPD-Fraktion

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Förderung eines 1-Euro-Tickets und eines 365-Euro-Jahresticketes für Bewohnerinnen und Bewohner des Bodenseekreises im bodo-Bereich zu prüfen und dem Kreistag zu berichten.

Begründung:

Der SPD-Kreistagsfraktion ist es wichtig, den Anteil der ÖPNV-Nutzung zu steigern. Dazu gehört auch eine attraktive Preisgestaltung

Vor dem Hintergrund eines ganzheitlichen Verkehrskonzeptes und der Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs, soll der Anteil der Nutzer von Bussen, Bahnen, Katamaran und Fähre im Bodenseekreis gesteigert werden, um Emissionen zu senken und die verstopften Straßen vom Individualverkehr zu entlasten.

In einem ersten Schritt könnten Zuschüsse an Kommunen gezahlt werden, die in Ihrem Stadtgebiet oder im Gebiet ihrer Verwaltungsgemeinschaft im Bodenseekreis ein 1-Euro-Ticket für Busse anbieten (zunächst: 1 Euro für eine Fahrt).

Dies gibt es bereits in einigen Kommunen, z.B. in Meersburg und Biberach. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte dies auf das gesamte Kreisgebiet bzw. den bodo-Bereich ausgeweitet werden, auch auf Bahnen. So gibt es schon seit längerem das erfolgreiche 365-Euro-Ticket, mit dem in ganz Vorarlberg der ÖPNV ein Jahr lang (also 1 Euro pro Tag!) genutzt werden kann. In Hessen gibt es ein 365-Euro-Schülerticket. Die Experten sind sich einig, dass der Öffentliche Personennahverkehr ausgebaut und damit attraktiver werden muss. Ein

wichtiges Kriterium ist der Preis, weshalb erstmals einige Verkehrsverbände und Verkehrsbetriebe in Deutschland auf die üblicherweise jährliche Fahrpreiserhöhung verzichten.

Ein 1-Euro-Ticket wäre auch insofern als erster Schritt sinnvoll, da im Zusammenhang mit der Einführung der Echt-Bodensee-Card zunehmende kritisiert wird, dass Touristen den ÖPNV durch Zahlung einer Kurtaxe/Beteiligung der Kommune kostenlos nutzen dürfen, während die Kreisbewohnerinnen und Kreisbewohner die regulären Preise (2 Euro oder mehr für eine Fahrt) selbst und in voller Höhe bezahlen müssen.

Friedrichshafen, 07.12.2019

SPD-Kreistagsfraktion